

*Unter den Bedingungen der Freiheit ist es leicht, tapfer zu sein.*

*Thomas Löffelholz*

## Vergangenheitsbewältigung

Seit dem Ende der DDR geht in Deutschland wieder ein besonders deutsches Wort um. Man findet es in allem, was schriftlich oder mündlich zur Bildung öffentlicher Meinung beiträgt: in Zeitungen, Magazinen und Talkshows. Und wer seiner Aufgabe gerecht werden will, von der Provinzzeitung über die FAZ bis zu „Zeit“ und „Spiegel“, beschäftigt sich in fast jeder Ausgabe gleich mehrfach damit. Es ist ein äußerst mißverständliches, aber offenbar unvermeidliches Wort: Vergangenheitsbewältigung. Man befaßt sich so intensiv damit, man widmet ihm so viel Aufmerksamkeit, daß aus der Vergangenheitsbewältigung bereits selbst wieder ein Bewältigungsproblem wird.

Beispiel 1: Honecker schon Wochen in fast jeder Abendausgabe der Tagesschau, in jeder „Heute“-Sendung, wenn nicht als Aufmacher, so doch an herausgehobener Stelle. Kommt er nun endlich in die Hand der deutschen Justiz oder kommt er nicht, haben die Chilenen ein Einsehen oder nicht, kooperieren die demokratisch gewendeten Kommunisten der ehemaligen Sowjetunion im heutigen Rußland mit den deutschen Behörden oder nicht? Wird die Anklageschrift aber auch in absehbarer Zeit fertig, und reichen die Verdachtsmomente für eine Inhaftierung aus?

### Der Stasi wird zu posthumer Macht verholfen

Wann hat Honecker an der Spitze der ehemaligen DDR je so viel internationale Aufmerksamkeit erregt wie jetzt, da er bar jeglicher Macht und alle, die er angeht, in Verlegenheit bringend, als Botschaftsflüchtling in Moskau lebt und auf Familienzusammenführung in Chile pocht? Lange war man in Bonn nicht sonderlich aktiv. Solange die Sowjetunion noch bestand und Gorbatschow die Richtlinien sowjetischer Gastfreundschaft bestimmte, ging wohl auch nicht viel, aber man hatte es auch nicht sehr eilig gehabt, als Honecker noch im Lande und noch nicht in ein Krankenhaus der Sowjetarmee geflüchtet war. Jetzt, gedrängt von allen, von Zuschauern und Opfern, die Gerechtigkeit einfordern, soll Druck gemacht werden. Man will sich nicht ewig vorhalten lassen müssen, die Kleinen, die Mauerermörder, Wahlfälscher, Spitzel, Menschenquälere, gefaßt, aber die Großen, die eigentlich Ver-

antwortlichen, die Befehlsausgeber, laufen gelassen, die Befehlsempfänger nach allen Regeln des Rechtsstaates aber zur Rechenschaft gezogen zu haben.

Doch gerade in diesem Bemühen verheddert man sich, führt weniger die Schuldigen als sich selber vor. Zwang der Verhältnisse im Umbruch? Oder sollte an der Art des Herangehens an die Vergangenheit, bei der Wiederherstellung gerechter Verhältnisse etwas nicht stimmen?

Beispiel 2: Stasi überall, in ganz Deutschland. Niemand kann sich ihr mehr ganz entziehen, selbst die vielen im Westen nicht, die sie zu DDR-Zeiten nur vom Hörensagen kannten. Kein Thema, nicht einmal der Wiederaufbau Ost, die hohe Staatsverschuldung und die flau werdende Exportkonjunktur, beherrscht seit Monaten so sehr die Öffentlichkeit wie die einstige DDR-Spitzelorganisation. Viele werden sagen, mit Recht, und sie können gute Gründe dafür anführen. Die Staatssicherheit als geheime Staatspolizei war die nach der Sowjetarmee wichtigste Stütze des Systems, sie kannte keine Menschenrechte und keine Rechtsstaatlichkeit, sondern nur die Staatsräson der Sozialistischen Einheitspartei. Sie hat Tote und Lebende auf dem Gewissen; sie zersetzte die Gesellschaft der DDR, so daß der Nachbar dem Nachbarn, der Hausgenosse dem Hausgenossen nicht trauen konnte; sie kultivierte Denunziation mit deutscher Perfektion und ging doch ebenso sehr wie am sowjetischen Glasnostexport an der eigenen Fettleibigkeit zugrunde.

Und seither? Kaum einmal hat sie mehr Leute beschäftigt bzw. haben sich mehr Leute mit ihr beschäftigt als jetzt, wo die ganze Organisation aufgelöst ist. Natürlich: alle sollen Zugang haben, die es angeht. Einem jeden gebührt Einsicht in seine Akte, mag das Ergebnis noch so schmerzlich oder enttäuschend sein. Die Opfer haben ein Anrecht darauf, als Voraussetzung und Teil ihres Rechts auf Wiedergutmachung. Nichts soll vertuscht, die Wahrheit an das Tageslicht gebracht werden, der Opfer wegen, der Gerechtigkeit wegen. So will es das Stasi-Akten-Gesetz, so verlangt es zuallererst die Gerechtigkeit gegenüber den Opfern, so entspricht es dem Rechtsempfinden der Bevölkerung, so erfordert es der demokratische Umgang mit einer totalitären Vergangenheit.

Nur: warum nimmt man das alles nicht nur wichtig, sondern, was in den Akten steht, als die reinste Wahrheit? Wußte man nicht schon zu DDR-Zeiten über die Lügengepinste und die undurchsichtigen Interpretationskünste der Spitzelorganisation Bescheid? In was verfängt sich da die „Maßlosigkeit des Wissenwollens“ (Bischof *Christoph Demke*)?

Wenn jetzt die Stasi durch ihre Hinterlassenschaft und den Umgang mit ihr posthum durch Weckung von Ängsten und Schüren von Mißtrauen auf die gesamtdeutsche Öffentlichkeit und auf die politischen Geschehnisse in den neuen Bundesländern psychologisch fast soviel Einfluß gewinnt, wie sie einst zu DDR-Zeiten politisch hatte, liegt das dann nur an der unklaren Aktenlage, die viele Spielzüge erlaubt, und am Schmiercharakter von Boulevarderzeugnissen, oder läuft im Umgang mit den Zeugnissen „sozialistischer“ Vergangenheit im Osten wie im Westen Deutschlands grundsätzlich etwas falsch?

## Wo die Kirche ihr Gewissen erforschen sollte

Beispiel 3: Die Kirchen. Sie – genauer die *evangelische Kirche*, die katholische Kirche spielte als kleine Diasporakirche im Osten Deutschlands einst wie jetzt ja nur eine Nebenrolle – wurden, als die DDR zusammenbrach und der Weg zur deutschen Vereinigung frei wurde, als die großen Befreiungshelfer gelobt. Die evangelische Kirche bot Friedens- und Menschenrechtsgruppen Schutzräume. Die Friedensgebete wurden zu Sammelpunkten einer allmählich sich durchsetzenden Bürgerrechtsbewegung. So trugen die Kirchen wesentlich zum Entstehen einer DDR-eigenen Opposition bei. Der Sturz des Regimes wurde so beschleunigt. Jetzt, nachdem sie ihren Dienst getan hat, wird die evangelische Kirche und werden viele ihrer Vertreter mit Verdächtigungen überschüttet, und die katholische Kirche wird zunehmend darin einbezogen. Jetzt sieht es so aus, als habe sich die evangelische Kirche nicht nur auf dem Verhandlungswege zu sehr auf Wünsche der sozialistischen Staatsführung eingelassen, sondern evangelische Superintendenten und Pfarrer seien in Scharen der Stasi zu Diensten gewesen, und auch die katholische Kirche habe, um ihre Schäfchen im trockenen zu halten, still und leise mit den Herren in Pankow paktiert. Herrschte vorher umstandsbedingt generelle Kurzsichtigkeit, daß sich bezüglich der Kirchen so viele verschätzt hatten? Oder gehen jetzt beim Versuch der Vergangenheitsbewältigung die Maßstäbe verloren?

Wie war es denn mit den Kirchen? Als Religionsgemeinschaften mußten auch sie in der DDR unter den Zwangsverhältnissen leben. Sie konnten etwas unabhängiger agieren als die christlichen Gemeinschaften in anderen kommunistischen Ländern, aber ihr Spielraum war auch in der DDR eng. Wollten sie diesen halten und sichern, mußten sie *verhandeln*. Verhandeln hieß Kompromisse schließen, um wenigstens zu erreichen.

Die Spielräume sind unterschiedlich genutzt worden. Die

evangelische Kirche als geschichtlich tragende und gesellschaftlich tonangebende wollte auch unter SED-Bedingungen stärker in die Gesellschaft hineinwirken. Arrangements wurden so unvermeidlich. Die Führung der katholischen Kirche war – keineswegs zur allgemeinen Zufriedenheit im Klerus und unter ihren Gläubigen – darauf bedacht, ihre Seelsorgsstrukturen am Leben zu erhalten, ihren Leuten in den Gemeinden eine Stütze zu sein und sich öffentlich nur zu äußern, wo sie unmittelbar in ihren Interessen oder in ihrem Gewissen berührt war: Jugendweihe, Abtreibungsstrafrecht etwa. Verhandeln, um Minimalziele zu sichern, mußte auch sie.

Anfällige gab es – unter Druck – überall. Der eine meinte, weiter gehen zu können als der andere. Gerade in Extremsituationen war abzuwägen. Wo jeder Einsatz zugunsten einzelner – bei Ausreisearträgen, beim „Freikauf“ Gefangener – eine Gratwanderung zwischen Humanität und Kriminalität war, mußten sich auch Kirchenvertreter ihre Stiefel schmutzig machen. Aber die ganze Pfarrerschaft stasiverseucht und die Unterhändler der Kirchen erpreßbare Handlanger in der Hand der SED oder der geheimen Staatspolizei? Da gerät im Zustand des Befreitseins der Rückblick auf die vergangenen Zwangslagen wohl etwas zu eng und zu subjektiv zugleich. Aus den Empfindungen von Betroffenen heraus ist das verständlich. Aber darf man jemanden daran hindern, das nachweisbare Verhalten an den tatsächlichen damaligen Möglichkeiten zu messen. Wer also aktuell und zeitgeschichtlich dem gerecht werden will, was war, und auch den Personen, die unter den gegebenen Zeitumständen zu agieren hatten, wird gut daran tun, weniger mit moralistischer Schärfe, und sei es aus eigener Betroffenheit, vorzugehen als mit situativer Einfühlung.

Wer zu einem haltbaren Urteil über die Kirche, ihre verhandelnden Vertreter und Anwälte kommen will, wird sich also sinnvollerweise weniger auf einen Streit über das Verhalten einzelner und auf Sonderfälle einlassen als die grundsätzlichen Positionen der Kirchen klären helfen.

Die evangelische Kirche definierte sich seit den frühen siebziger Jahren als „Kirche im Sozialismus“. Zu einer solchen Positionsbestimmung wurde sie von niemandem gezwungen; es bestand dafür auch keine seelsorgerliche Notwendigkeit, vielmehr setzte sie sich ohne akute Not dem Verdacht aus, sie akzeptiere nicht nur die DDR als Staat, um für die Menschen dort wirken zu können, sondern um als Teil des Systems zu überleben. Die katholische Kirche hat ihre Verantwortung ganz auf die eigene Herde und die Unverwechselbarkeit ihrer Glaubensverkündigung beschränkt. So war sie auch optisch davor bewahrt, daß sich Theologisches mit Ideologischem vermischte. Wurde sie damit aber ihrem Auftrag gerecht, der doch der Verkündigung des Gottesreiches in allen seinen Facetten, einschließlich der bürgerlichen Freiheiten, gilt und umfassend bei der Menschenwürde anzusetzen hat? Wenn also die Kirchen aus ihrer DDR-Vergangenheit lernen wollen, dann ist ihnen mit einer kritischen Überprüfung dieser ihrer Positionen von einst für die Zukunft

mehr gedient als mit einer Stasi-Regelüberprüfung ihres gesamten Personals. Und sie werden dabei hoffentlich nicht auf die Idee verfallen, einander beweisen zu sollen, wer der Klügere oder die Agilere war, sondern die unterschiedlichen Erfahrungen miteinander austauschen und daraus gemeinsame Schlußfolgerungen für künftiges Verhalten ziehen.

## Foren und Tribunale schaffen keine höhere Gerechtigkeit

Und die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit auf die ehemalige DDR insgesamt bezogen? Ob es richtig war, den Zugang zu den Akten „bürgerdemokratisch“ zu regeln und diese nicht der Justiz zur Auswertung vorzubehalten, wird zunehmend bezweifelt. Jetzt ist man ratlos, wie man die Geister aus der geöffneten Flasche wieder los wird. Foren und Tribunale sind keine Instanzen zur Herstellung höherer Gerechtigkeit. Die vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission kann nicht mehr sein als ein politischer Kanalisierungsversuch für eine aus dem Ruder gelaufene Entwicklung. Stasi-Akten sind ihrer Natur nach von einem Material, das in die Hände der Justizbehörden und in die Archive für Zeitgeschichte gehört.

*Begrenzung des Aktenzugangs* hieße nicht, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit, die DDR heißt, ziehen, sondern vielmehr die Voraussetzungen für einen sach- und betroffenengerechten Umgang mit ihrer Hinterlassenschaft schaffen. Da dies bisher politisch nicht möglich war oder nicht durchgesetzt wurde, bleibt zumindest die Hoffnung, daß mit dem Abflauen der Sensationen auch das Interesse an den Akten weniger penetrant wird, die Sorgfaltspflicht wieder zu ihrem Recht kommt und so auch Kampagnen an Resonanz verlieren. Aber da das Gift nun einmal in sämtlichen Gewässern ist, wird man ihm ohne gesetzliche Revisionen nicht beikommen. „Ich denke“, so schrieb in der Märzausgabe der „Evangelischen Kommentare“ der Bischof der provinzsächsischen Kirche, *Christoph Demke*, „der Gesetzgeber kommt um die Frage von Kriterien für die Bewertung von Stasi-Akten nicht herum, auch wenn das zu einer Beschränkung der Verwertbarkeit der Akten führt, oder er muß mindestens die Nutzungszeit rigoros verkürzen.“ Dem ist wenig hinzuzufügen.

Allerdings wird man noch um ein paar andere Überlegungen nicht herumkommen. Z. B. ist *Rechtsstaatlichkeit* ein hohes Gut. Keine Nation versteht sich so penibel darauf wie die deutsche. Wo sich der Rechtsstaat aber Dinge zumutet, die ihn grundsätzlich überfordern, muß gerade das zu kurz kommen, was er tatsächlich leisten kann: Schuld ahnden, wo Schuld im strafrechtlichen Sinne vorliegt, und denen Recht verschaffen, die dadurch zu Schaden gekommen sind. Es ist eine Illusion zu glauben, der demokratische Staat könne, was ihm als Erbe einer totalitären Macht hinterlassen wurde, mit rechtsstaatlichen Mitteln adäquat aufarbeiten. Wichtiger als die ohnehin nicht mögliche Klärung und Ahndung aller Verstrickungen ist, politisch dafür zu sorgen, daß das totalitäre Erbe

nicht das Zusammenleben im demokratischen Deutschland verdirbt und die Kräfte von einst nicht durch das, was sie hinterlassen haben, neues Unheil anrichten.

Und was die Aufarbeitung der Verstrickungen betrifft – denn das meint ja Vergangenheitsbewältigung –, ist vor *falschen Gleichsetzungen mit der Zeit nach dem Dritten Reich* zu warnen. Das Dritte Reich war Werk und Schicksal einer Generation, und Hitler war, wenn auch auf fragwürdige Weise, legal an die Macht gekommen. Die Folgen allerdings waren so entsetzlich, daß jeglicher Vergleich sich verbietet. Das SED-System wurde durch die Besatzungsmacht aufoktroiert, und es dauerte über 40 Jahre. Es war totalitär, böse, aber nicht gleich extrem inhuman. Wer in der DDR leben wollte, mußte Kompromisse auf Dauer schließen. Wer auch nur in engsten Grenzen etwas bewirken wollte, mußte auch kleine Schritte langfristig kalkulieren. Er hatte angesichts der Machtverhältnisse im Block genau abzuwägen, wieweit Opposition überhaupt Sinn haben konnte.

Gerade das macht eine scharfe Trennung nötig zwischen den Stützen und Exekutoren des Systems und denen, die um des Überlebens willen und zum Schutze Dritter sich auf dieses eingelassen haben. Anstatt jede auch unvermeidliche Verstrickung – bis in die letzten Verästelungen hinein – Betroffenen vorzuhalten, um sie zu brandmarken und von öffentlichen Ämtern fernzuhalten, wäre es deshalb hilfreicher, *Legendenbildungen vorzubeugen* – auch solchen über die „sanfte Revolution“. Denn auch das gehört zur „Bewältigung“ der DDR-Vergangenheit: So wichtig die Botschaftsflüchtlinge, die oppositionellen Friedensgruppen und die Demonstranten von Leipzig bis Schwerin als Ferment des Umbruchs waren, das Regime ging, wie es kam: als *eines von der Sowjets Gnaden*.

## Entscheidend sind die Wirkungen auf die Zukunft

Und da das Regime lang dauerte und, totalitär und zugleich fremdbestimmt wie es war, den von ihm beherrschten Teil Deutschlands vollends in den Ruin stürzte, sollte auch das bedacht werden: Wenn der Wiederaufbau – menschlich, gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch – gelingen soll, bedarf der östliche Teil Deutschlands gerade der Kräfte, die, ohne Teil des Systems gewesen zu sein, bereits unter DDR-Bedingungen eine aktive Rolle zu spielen versuchten. Von ihnen gibt es nicht viele. Werden auch sie der Reihe nach an die Wand gedrückt, droht um so mehr neue Fremdbestimmung: diesmal durch den Westen Deutschlands, durch Bonn und die alten Bundesländer. Ein auch personell bedingtes Ungleichgewicht auf Dauer kann aber in niemandes Interesse sein. Wenn also das Wort von der Vergangenheitsbewältigung einen Sinn geben soll, dann den, daß eine negative Vergangenheit nur insoweit „bewältigt“ wird, als ihre Wirkungen auf die Zukunft ausgeschaltet werden.

David Seeber